

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

21. März 1952

427/J

Anfrage

der Abg. Bleyer, Dr. Tončić und Genossen
 an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau,
 betreffend die angebliche Inanspruchnahme des Gebäudes Wien IV, Stalinplatz 8, in welchem das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau derzeit untergebracht ist, durch das sowjetische Besatzungselement.

-.-.-

Aus verschiedenen Pressemeldungen der letzten Wochen geht hervor, dass die Wiederaufbau-Arbeiten am Regierungsgebäude Wien I, Stubenring, sich ihrer Vollendung nähern und dass einzelne Abteilungen verschiedener Ministerien bereits in das Regierungsgebäude übersiedelt sind. So sollte unter anderem noch im Monat März d.J. auch das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau zur Gänze seine neuen Räumlichkeiten im Regierungsgebäude am Stubenring beziehen und damit das bisher vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau benützte Gebäude zur Unterbringung des Wiener Stadtschulrates frei werden, nachdem das Gebäude des Wiener Stadtschulrates schon seit Jahren vom sowjetischen Element in Anspruch genommen ist. Nun verlautet aber, dass die Unterbringung des Wiener Stadtschulrates im ehemaligen Gebäude des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau daran scheitert, dass auch dieses Gebäude von der sowjetischen Besatzungsmacht beansprucht wird.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau die

Anfrage:

- 1.) Wie weit entsprechen diese Pressemeldungen über eine Beschlagnahme des bisher vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau benützten Gebäudes in Wien IV, Stalinplatz 8, den Tatsachen?
- 2.) Ist der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau bereit, die notwendigen Schritte beim sowjetischen Besatzungselement zu unternehmen, um eine Beschlagnahme dieser Gebäude zu vermeiden und die Unterbringung des Wiener Stadtschulrates in den bezeichneten Gebäuden zu ermöglichen?

-.-.-.-.-